



PODIUMSVERANSTALTUNG DES FA SCHUTZPOLIZEI

Beschwerdestelle: Wer spricht für die Polizei?

Polizeiarbeit findet fast immer im öffentlichen Raum statt und ist daher für alle wahrnehmbar. Für die Kolleginnen und Kollegen ist nicht neu, dass ihr Handeln überprüft wird. Enorm verändert hat sich allerdings die Möglichkeit, es zu verbreiten. Binnen kürzester Zeit werden aufgenommene Filmszenen – vielfach unvollständig und aus dem Zusammenhang gerissen – ins Netz eingestellt. Eine Meinung in der Bevölkerung ist schnell gemacht und festgelegt. Spätere Erklärungen des Handelns bleiben medial dagegen häufig unbeachtet. Hinzu kommt, dass in Rheinland-Pfalz eigens für die Polizei die Einrichtung einer Beschwerdestelle geplant ist. Beides Umstände, die von den Kolleginnen und Kollegen als belastend empfunden werden.

Wenn politische und polizeiliche Verantwortungsträger sprachlos bleiben und das Ende von Verwaltungs- oder Ermittlungsverfahren abgewartet wird, müssen wir fragen, wer für die Polizei spricht.

waltmonopol begegne ihnen nicht auf Augenhöhe. Eine Feedbackkultur sei wichtig, dafür brauche es die Beschwerdestelle. In England und Sachsen-Anhalt habe man damit gute Erfahrungen gemacht. Viele Vorgänge seien über-



Moderatorin Tina Horn bedankte sich bei den Gästen im Podium: „Vielen Dank, dass Sie sich dieser Diskussion gestellt haben. Ich hoffe, wir konnten für das bevorstehende Gesetzgebungsverfahren noch Anregungen geben.“

Möglichkeit, das Verhältnis Bürger – Polizei noch weiter zu verbessern.

Herr Konze (Polizeibeamter aus NRW und Vertreter von Amnesty International) schickte voraus, dass die Polizeien von Bund und Ländern fest mit den Menschenrechten verbunden seien. Eine unabhängige Beschwerdestelle gehöre aber immer zu einer rechtsstaatlichen Polizei. Die Lage zur Wahrung der Menschenrechte in Deutschland sei gut, aber nicht ausreichend. Der Weg zur Staatsanwaltschaft führe für die Bürgerinnen und Bürger immer über die Polizei, da gebe es große Hemmnisse.



Engagiertes Podium: Schmengler, MdL Raue, Konze, Horn, Heidemann, Sohst, Scharbach (v. l. n. r.)
Fotos S. 1 und 2: Knerr/Becker

Bei einer Podiumsdiskussion diskutierten die vom Fachausschuss Schutzpolizei eingeladenen Referentinnen und Referenten intensiv mit interessierten Kolleginnen und Kollegen, darunter auch einige Behörden- und Einrichtungsleiter sowie die Landtagsabgeordneten Michael Hüttner und Wolfgang Schwarz (beide SPD).

„Feedbackkultur“ ist wichtig

Katharina Raue (Polizeisprecherin von Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Mitbestimmung und Transparenz fordern und die Möglichkeiten dafür in vielen Bereichen ausgeweitet werden. Die Polizei als mächtige staatliche Einrichtung und ausgestattet mit dem Ge-

hört nicht strafrechtlich relevant, oft ginge es um ganz andere Aspekte. Sie betonte auch, dass die Polizei in Rheinland-Pfalz sehr gut aufgestellt sei und es vonseiten der Grünen keine Bedenken gegenüber der Polizei gebe. Sie sehe in der Beschwerdestelle vielmehr die

StA: Beschwerdestelle entbehrlich

Aus Sicht der Staatsanwaltschaft – so OstA Walter Schmengler (StA Koblenz)

Fortsetzung auf Seite 2



Interessiertes Publikum: Der große Sitzungssaal im Mainzer DGB-Haus war ansehnlich gefüllt.



PODIUMSVERANSTALTUNG DES FA SCHUTZPOLIZEI



Katharina Raue MdL – Bündnis 90/Die Grünen:
„Die neutrale und unabhängige Behandlung von Beschwerden ist von Nutzen für die Polizei. Auch bei unbegründeten Beschwerden.“



André Konze – Amnesty International:
„Meine Polizei ist zutiefst verwurzelt in der Beachtung von Menschenrechten. Zu einer menschenrechtskonformen Polizei gehört immer auch eine Beschwerdestelle.“



Dirk Heidemann – DH-Pol.: „Vorverurteilung und Vorwegentlastung durch die Medien sind gleichermaßen problematisch.“

Fortsetzung von Seite 1

ist die Beschwerdestelle entbehrlich. Die StA sei dafür verantwortlich, Straftaten zu verfolgen und dies mache sie auch in Fällen von Polizeibeamten unabhängig und objektiv. Darüber hinaus könne man die Ermittlungsergebnisse der StA überprüfen lassen, dies gehe bis zum Klageerzwingungsverfahren. In Koblenz habe man Amtsdelikte in einer Abteilung zusammengefasst. Für die Ermittlungsarbeit sei viel Erfahrung notwendig und man müsse wissen, wie Polizei funk-

tioniert. Die Beschwerdestelle verfüge nicht über die notwendige Erfahrung und müsse sich daher bei anderen informieren – wo mache das noch Sinn.

Angst und Ohnmacht

Dirk Heidemann (Leiter Fachgebiet polizeiliche Führungslehre an der DH-Pol) erklärte, dass es noch keine wissenschaftliche Untersuchung gebe, was mit Mitarbeitern passiert, die von Vorverur-

Scharbach: Beschwerdestelle stärkt nicht das Vertrauen

GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach sagte, dass Gewalt in der Gesellschaft tabuisiert sei, wie dies vor einigen Jahrzehnten noch nicht vorstellbar gewesen sei. „Für die Polizei ist Gewaltanwendung im Einzelfall aber notwendig. Was der Anlass war, wird von Beobachtern kaum mehr hinterfragt“, weiß Scharbach. Aus einem Straftäter werde so ein Opfer der Polizei und ohne Hintergrundwissen werde dies im Internet verbreitet. Scharbach: „Polizistinnen und Polizisten, insbesondere im Wechselschichtdienst, gehen in dieser Gesellschaft hin, wo keiner hin will, wo es wehtut. Polizeiarbeit braucht Vertrauen.“ Die GdP unterstütze alles, was das Vertrauen zwischen Bevölkerung und Polizei stärke. Eine reine Beschwerdestelle gegen die Polizei tue das



DEUTSCHE POLIZEI
 Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Geschäftsstelle:
 Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
 55129 Mainz
 Telefon (0 61 31) 96 00 90
 Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
 Internet: www.gdp-rp.de
 E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
 Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
 Gewerkschaft der Polizei
 Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
 55129 Mainz
 Telefon (0 61 31) 96 00 90
 Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
 E-Mail: bernd.becker@gdp-rp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
 VERLAG DEUTSCHE
 POLIZEILITERATUR GMBH
 Anzeigenverwaltung
 Ein Unternehmen der
 Gewerkschaft der Polizei
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon (02 11) 71 04-1 83
 Telefax (02 11) 71 04-1 74
 Verantwortlich für den Anzeigenteil:
 Antje Kleuker
 Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
 vom 1. Januar 2013
 Adressverwaltung:
 Zuständig sind die jeweiligen
 Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
 L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
 DruckMedien
 Marktweg 42-50, 47608 Geldern
 Postfach 14 52, 47594 Geldern
 Telefon (0 28 31) 3 96-0
 Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



Oberstaatsanwalt Walter Schmengler: „Die Staatsanwaltschaft ist objektiv und an das Legalitätsprinzip gebunden. Man muss wissen, wie Polizei funktioniert, um zu sachgerechten Ergebnissen zu kommen.“

teilung betroffen seien. Man könne aber sehr wohl sagen, was in Menschen vorgehe, die im Cybernet von Mobbing betroffen sind. Angst, Ohnmacht und Betroffenheit seien häufige Folgen. Für alle Menschen gelte, dass sie davor geschützt werden müssten, an den Pranger gestellt zu werden. Er sehe aber auch Perspektiven für die Polizei. Aus Beschwerden könne man lernen, die Organisation und Mitarbeiter weiterentwickeln. Die Ansicht der Staatsanwaltschaft greife hier zu kurz, sei sie doch immer beschränkt auf die Strafverfolgung.



Thomas Sohst – Bundeswehrverband: „Die Einrichtung des Polizeibeauftragten ist keine Frage des Haushalts. Wenn man ihn haben will, muss man ihn auch finanzieren.“

nicht. Wenn man das Thema angehen wolle, dann richtig. Dafür bräuchte es einen vom Parlament gewählten Beauftragten, der von Bürgern und Polizisten angerufen werden kann.

In diesem Vorhaben bestärkte Thomas Sohst vom Bundeswehrverband die GdP. Der Wehrbeauftragte der Bundeswehr sei hilfreich für die sozialen Belange der Soldaten.

Anja Rakowski



GdP-INTERVIEW MIT GERKE MINRATH

Polizistinnen & Polizisten Rückhalt vermitteln

In Remagen hat sich der Verein „KGgP – Keine Gewalt gegen Polizisten e.V.“ gegründet und etabliert. Der gemeinnützige Verein ist bundesweit aktiv. Was genau dahintersteckt und was der Verein macht, wollte die Redaktion „Deutsche Polizei“ von der Initiatorin und Vorsitzenden Gerke Minrath genauer wissen.

DP: Was ist das Ziel des Vereins?

Gerke Minrath (GM): Es sind zwei. Zum einen möchten wir das Problem der steigenden Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten in der Bevölkerung bekannt machen. Viele Menschen wissen gar nicht, was da auf unseren Straßen los ist. Zum anderen möchten wir Polizistinnen und Polizisten Rückhalt vermitteln.

DP: Wie viele Mitglieder gibt es aktuell? Wer ist das?

GM: Aktuell haben wir 67 Mitglieder. Dabei sind auch Polizeibeamte, aber die Mehrheit des Vereins besteht aus Bürgerinnen und Bürgern, z. B. Lehrer, Kraftfahrer, Pfarrer, IT-Spezialisten ... und einem Zollbeamten.

DP: Gerke, was sind Deine Beweggründe gewesen, den Verein zu gründen, was motiviert die Mitglieder?

GM: Über den 1. Mai 2009 war ich beruflich in Berlin, auch in Mitte und Kreuzberg. Schon am Nachmittag waren viele Polizeibeamte dort. Einige meiner Begleiter sprachen davon, wie „aggressiv“ die aussähen. Für mich sahen diese Menschen allerdings eher aus, als könnten sie sich für diesen herrlichen Frühsommertag eine schönere Beschäftigung vorstellen. Als ich in der Folge von 479 verletzten Polizeibeamten hörte, fing ich an, mir Gedanken zu machen und auch näher hinzuschauen.

Ich äußerte auch meinen Eindruck vom 1. Mai öffentlich im Internet. Darauf kam so viel Resonanz, dass ich dazu im Internet ein Diskussionsforum eröffnete. Ich war überrascht, was ich in der Folgezeit lernte, z. B. dass die meisten Polizisten im täglichen Streifendienst verletzt werden. Da spielen nicht mal ideologische Hintergründe eine Rolle. Für mich völlig irrsinnig, die riskieren doch ihre Gesundheit im Dienst an uns allen. Zudem bin ich Fan unseres Grundgesetzes. Die Polizei steht auf dem Boden der Verfassung und schützt sie.

Mit einigen Mitstreitern entstand dann die Idee, einen Verein zu gründen. Wir dachten, damit kann man mehr erreichen. Unsere Mitglieder haben teilweise ähnliche Motivationen wie ich. Einige haben auch Angehörige im Polizeidienst. Andere haben Angst vor dem



Gerke Minrath

Chaos, das ausbrechen würde, wenn die Polizei nicht mehr da wäre.

DP: Nun mal konkret: Was macht Ihr? Wie sieht Eure Alltagsarbeit aus?

GM: Wir informieren täglich über unsere Internetpräsenzen, z. B. über Vorfälle, bei denen Polizeibeamte Opfer von Gewalt wurden, über entsprechende Gerichtsurteile und auch über Einsätze, in denen die Polizei besonders gute Arbeit geleistet hat. Wir haben einen Blog, die „Galerie der Gewalt“, in dem wir tagtäglich alle Gewaltakte gegen Polizeibeamte posten, von denen wir erfahren – erschreckend viele. Alles in allem beschäftigt das täglich acht Vereinsmitglieder.

Ich persönlich würde gern öfters Vortragsveranstaltungen dazu halten, da man dabei wirklich nah an die Menschen kommt. Die Betroffenheit der Leute über das Ausmaß dieser Gewalt ist oft mit Händen zu greifen. Ich denke, damit kann man auch viel bewegen.

Wenn wir erfahren, dass Polizeibeamte schwer, krankenhaushausreif oder dienstunfähig verletzt wurden, schicken wir über die Dienststelle oder die Pressestelle eine Karte mit Besserungswünschen. Auch nach besonders harten Einsätzen, wie bspw. einem Schusswaffengebrauch, schreiben wir ein paar Worte. Bei Todesfällen schreiben wir Kondolenzkarten an Angehörige und Kollegen.

Außerdem haben wir zwei Seelsorgefrauen im Verein, eine davon bin ich. Man kann uns via Internet kontaktieren. Dabei ist mir vor allen Dingen eines wichtig: Wir sehen uns nicht als Konkurrenz zur Polizeiseelsorge oder zu den entsprechenden Angeboten der Polizei

selbst. Wir sehen uns eher als Ergänzung. Im Internet sind die Hemmschwellen niedrig, das muss nicht immer negativ sein.

DP: Die Broschüren und Veröffentlichungen des Vereins KGgP sind fundiert und zeugen von beachtlichem Fleiß. Wer erstellt dieses Informationsmaterial?

GM: Das Infomaterial ist zu großen Teilen auf meinem Mist gewachsen. Dabei bekomme ich inhaltlich viel Hilfe von Polizeibeamten und um die Tippfehler kümmert sich unsere Schatzmeisterin.

Man kann das gerne bei uns anfordern. Wir freuen uns darüber. Ab einer bestimmten Menge wäre es allerdings toll, wenn die Besteller an unsere finanzielle Situation als junger Verein denken würden. Die Herstellung kostet ja auch Geld.

DP: Wie gestalten sich die Kontakte zu Polizeibehörden oder Dienststellen?

GM: Im Regelfall gut. Grundsätzlich brauchte es eine Weile, bis die ersten auftauchen. Verständlich, gerade in Zeiten, in denen die Aggressionen gegen die Polizei ansteigen. Mittlerweile unterstützen uns die meisten Polizeibehörden, bspw. indem sie uns Pressemitteilungen zuschicken. Auch leiten alle Öffentlichkeitsarbeiter unsere Besserungskarten mit Freuden weiter. Da gibt es nur eine Ausnahme, die haben das rundweg abgelehnt. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle, die uns da weiterhelfen.

DP: Gibt es Reaktionen von Kolleginnen und Kollegen?

GM: Oh ja, und die sind teilweise wirklich berührend. Oft schreiben uns die Betroffenen selbst, manchmal reagieren auch die Vorgesetzten. Einmal wurden wir sogar als Verein von einer Dienststelle der Bundespolizei nach Dienstschluss eingeladen, weil sie sich auf diese Art für eine Karte an einen verletzten Kollegen bedanken wollten.

DP: Liebe Gerke, auch seitens der DP-Redaktion ein herzliches Dankeschön für Euer Engagement. Wie nimmt man zu Euch Kontakt auf?

GM: Da gibt es verschiedene Möglichkeiten, die einfachste ist eine kurze Mail an post@kggp.de oder über unsere Homepage www.kggp.de. Wir möchten zum Abschluss auch allen Polizeibeamten für ihren täglichen Einsatz danken.

Das Gespräch führte Landesredakteur Bernd Becker



GdP BEIM „AK-INNEN“ DER SPD-FRAKTION

Forderungen zum Haushalt 2014/15



V. l.: Friederike Ebli, Hans-Jürgen Noss, Ernst Scharbach, Astrid Schmitt, Margarethe Relet, Carsten Pörksen, Michael Hüttner, Markus Stöhr, Bernd Becker

Sehr interessiert zeigten sich die Parlamentarier der SPD für den Stand der Umsetzung der Ergebnisse des „Runden Tisches Polizei“ – besonders unter dem Blickwinkel des Haushaltsentwurfs.

Die Erhöhung der Einstellungszahlen sei gesichert, teilten sie mit. Ebenso werde das Beförderungsbudget auf dem versprochenen Niveau bleiben. Die GdPler berichteten, dass die Einstellung von 20 Tarifbeschäftigten zur Entlastung der operativen Dienste auf dem Weg sei – bedauerlich sei aber,

dass schon Monate ins Land gegangen seien.

Zu den aktuellen Themen „Kennzeichnungspflicht“ und „Beschwerdestelle“ gab es eine rege Diskussion. Die GdP erläuterte ihr Konzept des Landespolizeibeauftragten.

Die Themen-Palette wurde mit den Forderungen der GdP zur ErschwereniszulagenVO, der Faktorisierung von Nachtdienststunden, der Besoldungsanpassung, der Vermeidung von Überstunden, der Heilfürsorge und der Betreuung von Dienstunfällen durch die Unfallkasse Andernach abgerundet.

KURZ & KNACKIG

■ **Frauenförderplan eingefordert**

„Der Frauenförderplan soll einen Datenteil, einen Prognoseteil und einen Maßnahmenenteil beinhalten. Er ist unerlässlich, um, auf Zahlen basiert, die Frauenförderung in einer Behörde vorantreiben zu können.“

So weist die GdP-Frauengruppe auf die Rechtslage hin und fordert den Hauptpersonalrat Polizei auf, beim ISIM die Einhaltung anzumahnen. Der HPRP kommt dieser Aufforderung nach.

■ **Der Wohnraum „auf dem Hahn“ wird knapp**

Für den Studienbeginn 1. 10. 2013 wurde etlichen Bewerbern mitgeteilt, dass ihnen keine Wohnung angeboten werden kann. Bei Redaktionsschluss lag die maßgebliche Entfernung zum Wohnort bei um die 100 Kilometer.

Die Schule versucht alles, um die Situation zu entschärfen: Durch Umbaumaßnahmen entstehen 56 zusätzliche Zimmer. Zudem wird jetzt die Möglichkeit eingeräumt, Studierenden, die nicht in einem Mietverhältnis mit der LPS/FHöV stehen, als „Drittnutzer“ vorübergehend eine Übernachtungsmöglichkeit am Studienort zur Verfügung zu stellen.

OLIVER MALCHOW ZUM ANTRITTSBESUCH IN MAINZ

Aus- und Fortbildung der Polizei gemeinsam im Fokus



V. l.: Joachim Laux, Arnold Plickert, Michael Thönnnes, Ernst Scharbach, Oliver Malchow, Johannes Kunz
Foto: Bernd Becker

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow und sein für Ausbildung zuständiger Vize Arnold Plickert (NRW) absolvierten im Mainzer Innenministerium mehr als einen Antrittsbesuch.

Mit dem aktuellen Kuratoriumsvorsitzenden der DH-Pol. in Hiltrup, Polizeiabteilungsleiter Joachim Laux, sowie den zuständigen Fachleuten Johannes Kunz und Michael Thönnnes vom Referat 346 des ISIM wurden Möglichkeiten und Chancen der Polizeiausbildung in Bachelor- und Masterstudiengängen eingehend erörtert. Auch Ernst Scharbach, der das Treffen eingefädelt und vorbereitet hatte, liegt die positive Fortentwicklung polizeilicher Aus- und Fortbildung sehr am Herzen.



DOPPELHAUSHALT UND ÜBERHAUPT

Gute Gespräche, aber ganz schwierige Botschaften

Wir befinden uns im dritten Jahr der Schuldenbremse. Der hierdurch geprägte Doppelhaushalt 2014/15 wird von der Regierung in den Landtag eingebracht und die politischen Parteien überbieten sich gegenseitig mit „Einspar-Rhetorik“. Vor diesem Hintergrund traf GdP-Chef Ernst Scharbach Ende August mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer zusammen.



Ende August zu Gesprächen in der Staatskanzlei: Ministerpräsidentin Malu Dreyer und GdP-Chef Ernst-Scharbach

Danach steht fest, dass die am runden Tisch zur Situation der Polizei vereinbarten Ziele im Haushalt berücksichtigt werden. Anhebung der Einstellungen auf zunächst über 400, Berechnung des Personalziels der Polizei nach VZÄ – Vollzeitäquivalenten, 20 Tarifstellen zusätzlich und Bezahlung eines Teils der angelaufenen 1,7 Mio. Überstunden scheint damit möglich zu werden. Die GdP wird die Umsetzung hautnah begleiten.

Auf der positiven Seite ist auch zu vermerken, dass für Polizistinnen und Polizisten keine erneute Verlängerung der Lebensarbeitszeit (LAZ) vorgesehen wird, während die Rente mit 67 auf andere Landesbeamte (und damit auch für kommunale Beamte) inhaltsgleich umgesetzt werden soll.

Insgesamt gibt der vorgelegte Haushalt Grund zu großer Sorge – nicht nur für den öffentlichen Sektor.

Das 1%-Besoldungsdiktat soll durchgezogen werden, insgesamt sollen nahezu 1600 Stellen gestrichen werden und die Rente mit 67 ist schon generell ein Problem, das jetzt noch auf die Beamten ausgedehnt wird. Im Sachhaushalt sind Einsparungen und „Streckungen“ zu erwarten, die die Polizei an ihre Grenze bringen werden. Deswegen haben DGB und GdP auch ihren Protest gegen das Haushaltsgesetz des Landes angekündigt. Ernst Scharbach:

„Schuldenbremse ohne gleichzeitige Verbesserung der Einnahmeseite durch Veränderung der Steuergesetz-

gebung auf Bundesebene kann nicht funktionieren. Vor allem dann nicht, wenn damit öffentliche Infrastruktur und essenzielle Teile der Daseinsvorsorge zerstört und vernachlässigt werden. Das werden die Bürgerinnen und Bürger auf Dauer nicht tolerieren“.

GRILLEN IN DER PFALZ

Fünzig mal Gaumenschmaus

Im August feierten die GdP-Kreis- und Personengruppen der Westpfalz ihr zweites gemeinsames Grillfest an der Grillhütte der BePo Enkenbach.



Auf mehrfachen Wunsch aus den jeweiligen Vorständen haben sich im Vorfeld Vorstandsmitglieder aus den drei Kreisgruppen PD KL, PD PS, PP WP sowie der Jungen-, Frauen- und Seniorengruppe zu einer gemeinsamen Sitzung eingefunden, welche bei bestem Wetter vom Wirtschaftsgebäude kurzerhand an die Grillhütte verlegt wurde.

Zunächst berichtete der BG-Vorsitzende Werner Hilmer über aktuelle Themen aus dem Landesvorstand, danach wurden gewerkschaftliche Themen aus allen Bereichen diskutiert. Ab 16.00 Uhr war dann auch die Kreisgruppe BePo Enkenbach eingeladen, vielen Dank in diesem Zusammenhang an die Gastgeber für die unkomplizierte Bereitstellung der Grillhütte! Dank auch an den Organisator **Martin Welle** und unseren Grillmeister **KD Dieter Klein**, die beide erheblich zum Gelingen des Grillfestes beigetragen haben und fast 50 Kolleginnen und Kollegen einen sommerlichen Gaumenschmaus bereiteten!



Die AHG Klinik Berus ist Ihr Spezialist für

- ▲ Chronischer Tinnitus
- ▲ Burnout
- ▲ Posttraumatische Belastungsstörungen
- ▲ Mobbing und Arbeitsplatzkonflikte

Kostenträger:

Die AHG Klinik Berus wird von Privaten Krankenversicherungen als sogenannte „gemischte Krankenanstalt“ anerkannt und belegt. Sie ist beihilfefähig gemäß § 7 der Beihilfeverordnung (BhVO).

Wir sind gerne bereit, Sie bezüglich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen umfassend zu beraten. Bitte wenden Sie sich hierzu an unser Chefarzt-Sekretariat, Frau Steffens, unter Telefon (06836) 39-186.

AHG Klinik Berus
Orannastraße 55
D-66802 Überherrn-Berus
Tel.: (06836) 39-0
Fax: (06836) 39-178
E-Mail: klinikberus@ahg.de
Internet: www.ahg.de/berus

AHG KLINIK BERUS

Europäisches Zentrum für Psychosomatik und Verhaltensmedizin

Wir arbeiten nach einem wissenschaftlich begründeten verhaltenstherapeutischen Konzept. Betreut werden Sie von einem qualifizierten Behandlungsteam, bestehend aus Fachärzten und Dipl.-Psychologen, Sport- und Bewegungstherapeuten sowie Ergo- und Physiotherapeuten.



Grundlegende Themen behandelt



Notrufe und Einsatzsteuerung

Umfassende Diskussionen löste die Absicht des ISIM aus, im PP Mainz versuchsweise die Notrufe, die Abfragen und die Einsatzsteuerung zu zentralisieren. Kollege Elmar May und Kollegin Sabine Schäfer stellten die Grundlagen des Projekts und seine Ziele vor. Sie basieren auf einer Machbarkeitsstudie der ZPT, die bis dahin dem HPRP nicht vorlag. Der HPRP macht Erörterungsbedarf geltend und will die Gesamtpersonalräte eingebunden wissen. Mit dieser Technik werde die Arbeitsweise der Polizei in RLP auf Jahrzehnte geprägt. Das müsse ganz grundlegend diskutiert werden.

Überstunden-Konto

Das ISIM hat den Polizeibehörden und -einrichtungen (BuE) und dem HPRP ein erstes Konzept zum neuen Freizeitausgleichskonto und dem neuen Mehrarbeitskonto mit der Bitte um Prüfung zugeleitet. Im Kern geht es darum, die alten Überstunden auf einem Extra-Konto verfallsfrei zu parken und neue Überstunden so gut es geht zu vermeiden oder zeitnah abzubauen.

Dienstsportrichtlinie

Die Einschnitte durch den neuen Entwurf einer Dienstsportrichtlinie waren auf Antrag des HPRP Gegenstand einer Erörterung mit Staatsminister Roger Lewentz. Dieter Engemann, Helmut Knerr und Bernd Becker skizzierten noch einmal die bereits schriftlich vorgetragenen Bedenken. Die bisherige Gratifikation durch einen oder zwei Tage Urlaub ist aus rechtlichen Gründen nicht mehr möglich. Die Regelungen für den Wettkampfsport sollen günstiger gestaltet werden (bis zu drei Tage frei bei Deutschen Meisterschaften). Die Belange des Wechselschichtdienstes werden berücksichtigt und der absolute Spitzensport (Europa- und Weltmeisterschaften) werden analog zur Sonderurlaubsregelung gestaltet. Die neue Fassung der

Richtlinie wird für die Oktobersitzung vorliegen.

20 Tarifstellen

Das ISIM hat einen Vorschlag für die Verteilung der 20 zusätzlichen Tarifstellen erarbeitet. Sie sollen die operativen Polizeidienste unmittelbar entlasten. Details stehen noch aus.

Neuer Ansprechpartner und Ausbildungsplätze

Kollege Roland Kohn war der erste Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei RLP. Er übergab sein Amt an Kollegin Angela Düpper (LKA). Zum neuen Vertreter wurde Kollege Frank Preißler (WSP) ernannt.

Der HPRP begrüßt ausdrücklich die Fortführung der Ausbildungsinitiative des Innenministeriums. Es werden neun Plätze als Inspektorenanwärter/-innen, drei Plätze als Sekretäranwärter/-innen und 20 Ausbildungsstellen für

die Verwaltung angeboten. Der HPRP stimmte der Verteilung auf die BuE zu.

IT – POG – ZBS

Die Zustimmung des HPRP fanden die Fortschreibung der Organisation der IT-Sicherheit, die PDV 600 RP (Einsatzmittel- und Materialmanagement) und die Rahmenregelung zur Umsetzung von Maßnahmen nach § 41a POG.

Die Anregungen der Basis zur Verfahrensbeschreibung 3.0 der Zentralen Bußgeldstelle werden an das ISIM übermittelt.

Gemeinsame Wintermützen

In Kooperation mit Hessen, Baden-Württemberg, Saarland und RLP sollen durch Baden-Württemberg gemeinsam Wintermützen beschafft werden; für RLP je 1500 in zwei Jahren.

Margarethe Relet (Polizeibeschäftigte), Ernst Scharbach (Beamte)

„HP“ JUNG UND GERHARD REMMET IM RUHESTAND

Im Ruhestand und doch aktiv



Hans-Peter „HP“ Jung mit Polizeipräsident Karl-Heinz Weber



Auch Gerhard Remmet erhält von PP Weber seine Urkunde. Fotos: PP Mainz

Mit Ablauf August traten im PP Mainz zwei örtliche Personalratsvorsitzende, Gerhard Remmet und Hans-Peter Jung, in den Ruhestand, die über Jahre die Geschicke der Personalvertretungen in der PD Bad Kreuznach und im PP Mainz geleitet haben.

Mit der Besonderheit einer Flächen- und einer „Spezial“-Direktion stellte die alltägliche Arbeit doch ganz unterschiedliche Herausforderungen dar. Beide hatten ihre Mandate bereits nach der Personalratswahl im April an ihre Nachfolger übergeben.

In der GdP waren beide aktiv und werden es auch über die Ruhestandsversetzung hinaus auf unterschiedlichen Ebenen sein. Gerhard Remmet war über Jahre Vorsitzender des Kontrollausschusses auf Landes- und Bundesebene. Hans-Peter Jung war zuletzt Kassierer der Kreisgruppe PP/PD Mainz.

Die GdP wünscht den beiden aktiven Ruheständlern für den neuen Lebensabschnitt alles Gute, viel Erfolg und vor allem Gesundheit.



Koffer packen, Kollegen!

JUST AWAY, das neue frische Online-Reiseportal mit bestens abgestimmten Reisepaketten, inspirierenden Urlaubsideen und hervorragendem Service ist ein Garant für grenzenloses Urlaubsvergnügen.

Sie lieben Städtereisen oder wandern gerne in den Bergen? Sie liegen am liebsten am Strand oder interessieren sich für Events und Kultur? Eine Kreuzfahrt ist für Sie genau das Richtige, oder doch lieber eine spannende Rundreise? Sind Sie ein aktiver Wintersportler oder stehen Genuss und Entspannung für Sie im Vordergrund? Auf JUST AWAY, das Sie direkt über die Webseite www.psw-reisen.de erreichen, finden Sie dazu zahlreiche ausgesuchte und handverlesene Urlaubshighlights.

Nutzen Sie Ihre Mitgliedschaft zur Gewerkschaft der Polizei, denn auch bei Ihren Buchungen bei JUST AWAY bekommen Sie und Ihre Angehörigen in gewohnter Weise, eine Rückerstattung Ihres Reisebetrages in Höhe von 5 Prozent gemäß den Bestimmungen von PSW-Reisen GbR. Sie können uns auch anrufen und das Team von PSW-Reisen GbR hilft Ihnen gerne weiter. Einfach einmal die Homepage aufrufen, JUST AWAY anklicken und sich von den Angeboten inspirieren lassen. Informationen und Details zu JUST AWAY finden Sie unter www.psw-reisen.de

Ihr Wolfgang Schmidt
Geschäftsführer
PSW-Reisen GbR



Los!



www.psw-reisen.de



Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!

PSW-Reisen GbR,

70736 Fellbach
Eberhardstr. 30
Tel.: 0711/5788186
Fax: 0711/579912
eMail: fellbach@tc-rb.de

71735 Eberdingen
Maybachstr. 2
07042/879225
07042/879222
info@psw-gbr.de

55129 Mainz
Nikolaus-Kopernikus Str. 15
06131/9600923
06131/9600922
psw.reisen-rp@gdp-online.de

Thomas Cook Reisebüro

66133 Saarbrücken
Kaiserstr. 258
0681/84124-0
0681/84124-24
psw-saarland@gdp-online.de



Europa und Afrika zu Gast



Für die Besucher „lehrreich“ und für die Studierenden ein Highlight: v. l. n. r. Dr. Axel Henrichs, Innenminister Roger Lewentz, Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), Botschafterin der Republik Ruanda, Christine Nkulikiyinka, MD Klaus-Jörg Weidmann. Foto: Hahnenschrei

Mit großem Interesse folgte der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, in Begleitung des rheinland-pfälzischen Innenministers Roger Lewentz und der Botschafterin der Republik Ruanda, Christine Nkulikiyinka, den Ausführungen der Polizei-kommissaranwärter/-innen zu den Inhalten und Abläufen des Studiums. „Ich bin der Polizei sehr verbunden und dies nicht nur, weil mein Vater selbst Polizeibeamter war“, so Martin Schulz zu den jungen Studierenden. Martin Schulz informierte sich im Schwerpunkt über die Thematik „Bachelor und Europa“ und über die internationalen Beziehungen der Fachhochschule. Darüber hinaus interessierte ihn auch der Bereich Nachwuchswerbung, den PD Marx als

Leiter der AG Werbung anschaulich darstellte. Nach den im Anschluss durchgeführten praktischen Übungen resümierte Martin Schulz eine für ihn „lehrreiche Veranstaltung“, während die anwesenden Studierenden den Besuch als Highlight ihres Studiums bewerteten. **Sabrina Kunz**

WIR TRAUERN UM

Heinrich Israel,
85 Jahre,
KG PP/PD Koblenz

Guido Laux,
47 Jahre,
KG PP/PD Mainz

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

ALLES GUTE IM RUHESTAND

Jürgen Hassel,
Ursula Velten,
beide KG BePo Wittl.-Wengerohr

Bernhard Benz,
KG PD Pirmasens

Martin Batz,
KG BePo Schifferstadt

Peter Leisen,
Herbert Schuh,
KG PD Wittlich

Hans-Jörg Velten,
Walter Lange,
KG PP/PD Koblenz

Günther Wollscheid,
KG PP/PD Mainz

NACHRUF



Unser Ehrenmitglied

Bernhard Hetz

wurde bei einer Bergwanderung in den Dolomiten am 11. August 2013 Opfer eines tragischen Unfalls.

Bernhard war über 25 Jahre als Vorsitzender des Personalrates der Wasserschutzpolizei sowie als Mitglied des Hauptpersonalrates Polizei für seine Kolleginnen und Kollegen aktiv. Ebenso lang war er Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe WSP und wurde bei seinem Ausscheiden im Jahr 2005 zum Ehrenmitglied der GdP gewählt.

Wir halten inne in dankbarer Erinnerung

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

75 Jahre

Gerd Berninger,
KG Westerwald/Rhein-Lahn

70 Jahre

Gerhard Schwarz,
KG PD Neustadt

Hugo Boehmer,
KG Vorderpfalz

Erwin Färcher,
KG Vorderpfalz

